

Linkes Blatt

DIE LINKE.

3. Ausgabe / 30. Jahrgang

Für Halle und den
Saalekreis

10. März 2020

DIE LINKE Halle fordert die Aufnahme von Geflüchteten in Halle

Der Stadtvorstand von DIE LINKE. Halle blickt empört auf die Situation an der griechisch-türkischen Grenze. Es vergeht kein Tag, an dem die dortige Tragödie nicht noch schlimmer wird. Es sind schon mehrere Menschen gestorben, die in Europa nur Zuflucht vor dem syrischen Bürgerkrieg und der türkischen Diktatur suchen wollten. Die Situation ist eine humanitäre Katastrophe und zeigt, dass die Europäische Union mit ihren jetzigen Akteur*innen nicht dazu bereit ist, ihren eigenen Werten gerecht zu werden. Für jede an der Menschlichkeit orientierte Politik muss klar sein, dass diese Menschen nicht zum Spielball geopolitischer Interessen werden dürfen. Wir schließen uns der Forderung unserer Landtagsfraktion an, die bereits die Aufnahme dieser Menschen in Sachsen-Anhalt gefordert hat. Darüber hinaus weisen wir darauf hin, dass auch die Stadt Halle sich bereits zum sicheren Hafen erklärt hat. Auch Halle ist bereit dazu, Notleidende aufzunehmen. Landes- und Bundesregierung müssen deshalb ihre Blockadehaltung aufgeben und einer humanen Asylpolitik wenigstens nicht im Wege stehen.



Aus der letzten Stadtratssitzung am 26.02.2020

Anträge und Anfragen, die wir in der letzten Sitzung nicht „geschafft“ hatten, wurden zunächst abgearbeitet. Und gleich zu Beginn gab es den ersten Eklat.

Die AfD-Fraktion hatte den Antrag gestellt, eine Bewertung der Zuschüsse im Kulturbereich hinsichtlich ihrer Effizienz vorzunehmen. Die Fraktion betonte, dass die Theater-Orchester und Oper-GmbH (TOOH) viel Geld im Haushalt „verschlingen“ würde. Der Antrag wurde in die Ausschüsse verwiesen, dennoch wurde im Stadtrat rege dazu diskutiert. Katja Müller argumentierte gegen diesen Antrag. Sie bezog sich auf Aussagen im Wahlprogramm der AfD und warf der Fraktion vor, unter dem Deckmantel der Transparenz die Kunstfreiheit anzugreifen.

Beschlossen wurde im Stadtrat, dass in der Stadtratssitzung Mai 2020 eine neue Beigeordnete oder ein neuer Beigeordneter für Kultur und Sport gewählt wird. Die Wahlperiode der jetzigen Beigeordneten geht zu Ende und aus diesem Grund muss neu gewählt werden.

Im Jahr 2018 gab es einen Auftrag an die Stadtverwaltung, eine Beschlussvorlage zu erarbeiten, die eine Neuausrichtung des Präventionsrates aufzeigen sollte. In einem Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der GRÜNEN, der MitBürger & DIE PARTEI und der SPD wurde deutlich, dass wir einige Änderungen an dem Vorschlag der Verwaltung einbringen wollten. So führte Marion Krischok aus, dass „der Stadtratsbeschluss aus dem Jahre 2018 nicht erfüllt sei.“ Unterschiedliche Auffassungen gab es z.B. zur Koordinierungsstelle. Die Verwaltung möchte eine hauptamtliche Stelle für die Leitung des Präventionsrates, in unserem Antrag ging es aber um die Stärkung des Ehrenamtes. Unser Antrag wurde im Stadtrat angenommen und damit schließlich auch die gesamte Beschlussvorlage,.

Die Vorlage zur Errichtung eines Behindertenbeirates wurde noch einmal zur Beratung in die Ausschüsse verwiesen, weil es u.a. noch „Lücken“ in der Aufgabenbeschreibung des Beirates gibt.

Das Freiraumkonzept wurde lange in den Ausschüssen diskutiert, nun aber im Stadtrat beschlossen. Wir haben diesem Konzept zugestimmt, weil es Möglichkeiten einräumt, gemeinwohlorientierten und kreativen Projekten Unterstützung durch die Stadt Halle (Saale) zu gewähren.

Der Stadtrat bestätigte Anja Krimmling-Schoeffler (und als Stellvertreter Rudenz Schramm) als Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft „ländlicher Raum“.

Das Tourismuskonzept der Stadt Halle wurde ebenfalls im Stadtrat beschlossen. In den letzten Jahren hat der Tourismus in der Stadt Halle eine positive Entwicklung genommen. Mit dem Konzept soll eine strategische Grundlage für die weitere touristische Entwicklung vorgenommen werden, insbesondere soll auch die gesamte Region um Halle mit in das Konzept einbezogen werden.

Diskussionen gab es zur Radwegekonzeption. In der Konzeption geht es vor allem darum, welche Radwege wo und mit welchen Fördermitteln realisiert werden können, welche Radverkehrsanlagen entstehen können etc. Wir konnten der Vorlage - mit einem kleinen Änderungsantrag - zustimmen.

Die Resolution zur Fortführung der Schulsozialarbeit, die an die Landesregierung und an alle Fraktionen im Landtag gehen wird, wurde im Stadtrat mit großer Mehrheit angenommen. Sie beinhaltet, dass Schulsozialarbeit verlässlich und auf Kontinuität angelegt werden muss.

Die AfD-Fraktion wollte ein neues Aufsichtsratsmitglied in die TOOH entsenden.

Das vorgeschlagene Mitglied wurde als Sympathisant der sog. Montagsdemos (Liebig) von einem Mitglied des Stadtrates benannt.

Wir stimmten diesem Vorschlag nicht zu; übrigens eine Mehrheit des Stadtrates auch nicht. Eine Diskussion brach dann darüber aus, ob wir das Recht auf Ablehnung hätten?! Herr Schreyer, Rechtsexperte der Stadt Halle, führte aus, dass Fraktionen nach Kommunalverfassung die entsprechende Mitglieder in die Aufsichtsräte entsenden können. Die Bedingung dafür seine, dass die Sachkunde oder die wirtschaftliche Erfahrung gegeben sein muss. Dagegen können Stadträte stimmen. Katja Müller, Vorsitzende des Stadtrates, meinte, dass Stadträte nach ihrem Gewissen abstimmen müssen. Sie würde gegen jeden Kandidaten der AfD stimmen, weil die Partei im Wahlprogramm die Kunstfreiheit angreift, so Katja Müller weiter. Es muss eine rechtliche Klärung her. Und eine Klage hat die AfD-Fraktion wohl schon vorbereitet. Schauen wir mal.

Ute Haupt

Warum gehen Frauen in die Politik?

Interview mit Pia Schillinger

Wer Petras Podcast noch nicht kennt, sollte dies unbedingt nachholen, denn seit letztem Jahr dreht er sich nicht nur um aktuelle Geschehnisse im Deutschen Bundestag, sondern auch um engagierte Frauen in Politik und vor allem im Ehrenamt. Damit aber auch alle, die keinen Podcast hören, an den Interviews mit den Frauen teilhaben können, gibt es dazu eine Reihe für das Linke Blatt, die kleine Einblicke in die Podcast-Serie geben wird. In dieser Ausgabe geht es um Pia Schillinger in einem Interview vom März 2019.

Steckbrief

Name: Pia Schillinger

Beruf: Jura-Studentin

Ehrenamt: ehemalige Stadträtin in Landsberg, Links-jugend [,solid], Fachschafts-rätin an der MLU

Wie hat das alles mit deinem politischen Engagement angefangen?

Auf einem relativ unpolitischen Weg über die Familie meines damaligen Freundes. Dessen Vater war in der Linkspartei und nahm mich immer mal zu Veranstaltungen mit. Dann gab es 2014 die Bundestagswahl und es wäre rot-rot-grün möglich gewesen. Und man hatte das Gefühl, dass, wenn man das mal probieren würde, es einiges verbessern könnte. Also dachte ich mir: Trete ich doch einfach mal in die Partei ein. Ich war achtzehn und wollte die Welt verändern.

Wie bist du damit umgegangen, dass viele Menschen 2016, als du für den Landtag kandidiert hast, Kritik und Skepsis an deinem jungen Alter geäußert haben?

Das Feedback war zu erwarten. Ich war ja nicht eine überbegabte junge Einzelkämpferin, die sich da hoch gehandelt hat, sondern ich hatte ganz viele Unterstützer*innen. Wir wollten die Demokratie an ihren eigenen Versprechen messen: Nämlich, dass sie

eine Volksvertretung ist. Das bürgerliche Parlament ist eine Vertretung der Bürger*innen, der gesamten Gesellschaft, dann müssten Menschen von 18 Jahren bis - ich sag mal - 108 Jahren, alle Altersschichten, vertreten haben. Da kommt ja dann noch mehr dazu: Alle gesellschaftlichen Schichten. Also, dass dann die Friseurin oder die Putzfrau neben dem Professor, neben dem Ingenieur, neben dem Unternehmer einfach im Landtag oder Bundestag sitzt.

Mit welchen Themen beschäftigst du dich derzeit?

Meine politisch-praktischen Themen sind eigentlich sehr stark entpolitisiert. Dadurch, dass ich gerade viel in der Hochschulpolitik mache, weil es mich auch selbst betrifft und ich da auch Vorsitzende des Fachschaftsrates der Juristischen Fakultät bin. Und das ist bloße Verwaltung. Man kann sich auch die Frage stellen, inwiefern Landtagsarbeit nicht auch bloße Verwaltung ist, was es sicherlich auch irgendwo ist, aber bei Hochschulpolitik drängt sich das noch stärker auf. Man trifft sich viel mit Professor*innen oder mit Bibliotheksleiter*innen und versucht irgendwie dafür zu sprechen, was Studierende gern für Studienbedingungen hätten und bestimmte Sachen umgestaltet werden können, damit das Studieren leichter wird. Zum Beispiel haben wir ein riesiges Platzproblem in der juristischen Bibliothek. Die ist zu den Prüfungszeiten immer überlaufen - teilweise auch von Nicht-Jurist*innen - was für uns ein Problem ist, da wir nur dort an die benötigte Literatur kommen. Und ich kann es mir zum Beispiel nicht leisten, mir in jedem Studiengebiet für 100 bis 300 Euro einen Kommentar zu kaufen.

Das Interview in voller Länge und alle anderen Podcastfolgen können über Petras Homepage www.petra-sitte.de, Facebookseite oder direkt bei Soundeloud nachgehört werden.

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
DIE LINKE Saalekreis
Leitergasse 4
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de
Anja Krimmling-Schoeffler/
Jan Röttschke (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 600 Exemplare
Spende erbeten
Endredaktion dieser Ausgabe:
05.03.2020
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 02.04.2020

In Berlin und (H)alle dabei - Grüne Halstücher gegen Macho-Kultur

Das Patriarchat ist ein Richter
Der uns verurteilt, weil wir geboren wurden
Und unsere Strafe
Ist die Gewalt, die du nicht siehst¹

Am 8. März ist wieder Frauentag. Dieser Tag erinnert an die durch die Frauenbewegung erkämpften Errungenschaften in Sachen Gleichstellung; Wahlrecht, Bildung, soziale Teilhabe usw. Uns Frauen geht es prima, oder? Die Mehrwertsteuer auf Damenhygiene-Artikel ist gesenkt worden, wir haben freie Berufswahl, das Gesetz Nein heißt Nein, Quoten (mehr oder weniger) und Förderprogramme (mehr oder weniger gut) und vieles mehr. Uns geht es bestens, oder? Da gibt es nichts mehr zu kämpfen, oder? Nein. Wir kämpfen immer noch um die Abschaffung der Paragraphen 218 und 219a. Bewegungen wie #MeToo, #Aufschrei und andere zeigen, dass Gewalt und Unterdrückung von Frauen immer noch ‚normal‘ ist. Wir haben immer noch einen Gender Pay Gap von 21 %.

Der Femizid
Ist für den Mörder straffrei
So ist es das Verschwinden
Und die Vergewaltigung¹

In Ländern wie Lateinamerika kämpfen Frauen gegen ein Patriarchat, das sie in ‚Frauenberufe‘ (Textilbranche, Heimarbeit, Produktionsstätten) steckt, wo unterirdische Arbeitsbedingungen und Niedriglöhne vorherrschen. Alle 36 Stunden stirbt in Argentinien eine Frau an den Folgen häuslicher Gewalt. Täglich finden in ganz Lateinamerika 17 Morde an Frauen statt. Die Täter sind in 70 % der Fälle die Lebens-, Ex-Partner oder Verwandte. Aber der Staat investiert so gut wie nichts in Präventions- und Schutzmaßnahmen - lediglich 25 Cent je Frau. Täter kommen zu oft und zu milde davon.

Und es war nicht meine Schuld, nicht der Ort, an dem ich war, nicht das, was ich anhatte
Und es war nicht meine Schuld, nicht der Ort, an dem ich war, nicht das, was ich anhatte
Und es war nicht meine Schuld, nicht der Ort, an dem ich war, nicht das, was ich anhatte
Und es war nicht meine Schuld, nicht der Ort, an dem ich war, nicht das, was ich anhatte¹

Argentinien. 2010. Nach einem Streit übergoss ein Mann seine Frau mit Benzin und zündete sie an. Die Tat fand Dutzende Nachahmer. Schon vor dem Mord gab es grausame Verbrechen an Frauen. Doch dieser Fall wurde zum Auslöser einer Protestbewegung. Argentinische Frauenrechtsgruppen kämpften darum, dass der Begriff Femizid (Tötung eines Menschen weiblichen Geschlechts) in der Öffentlichkeit und über die Medien präsent wurde. Sie kämpfen weiterhin dafür, dass Femizide juristisch und strafrechtlich nicht mehr länger verharmlost, sondern entsprechend schwer betraft werden.

Es sind die Polizisten
Die Richter
Der Staat
Der Präsident
Der unterdrückende Staat ist ein vergewaltigender Macho
Der unterdrückende Staat ist ein vergewaltigender Macho¹

Argentinien. 2015. Eine schwangere 14-Jährige wurde von ihrem Freund ermordet. Daraufhin entstand die Frauenprotestbewegung Ni una menos (Nicht eine weniger), die sich zunächst in ganz Lateinamerika und dann auch in Europa verbreitete. Ihre Forderungen: Prävention und Schutz sowie die Beseitigung von Gewalt an Frauen, Frauenhäuser, kostenloser Rechtsbeistand, wirtschaftliche Gleichberechtigung und das Recht auf Abtreibung bzw. körperliche Selbstbestimmung.

Schlaf in Ruhe, unschuldiges Mädchen
Ohne dich um die Straßenräuber zu sorgen
Über deine süßen Träume
Wacht dein geliebter Polizist¹

Als verbindendes Symbol dieser Frauenbewegung tragen Aktivist*innen und Unterstützer*innen ein grünes Halstuch.
Ihre Kampfgesänge gehen in den sozialen Netzwerken viral und sorgen weltweit für Solidarität - auch in Deutschland.

¹ Text des Kampfliedes Der Vergewaltiger bist du

Den im März 1920 gefallenen Freiheitskämpfern Karl Beyer und Otto Schmeil zum Gedenken

Fährt man die Nordstraße zwischen Heide-Nord und Lettin entlang, kann man auf der rechten Straßenseite etwas versteckt einen Gedenkstein mit den Worten „Die Toten mahnen - hier wurden am 23.3.1920 die Arbeiter Karl Beyer und Otto Schmeil von der Kapp-Soldateska meuchlings ermordet“ finden. Auf dem Lettiner Friedhof findet man einen Grabstein mit der Überschrift „Den im März 1920 gefallenen Freiheitskämpfern“

Die Basisgruppe Heide-Nord hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Gedenkstein an der Nordstraße zu pflegen und das Andenken an Otto Schmeil und Karl Beyer zu würdigen.

Otto Schmeil wurde am 21. Juli 1896 in Kröllwitz in einer Arbeiterfamilie geboren. Er arbeitete 1920 im Leunawerk. Karl Beyer wurde 1892/93 (die genaue Jahreszahl ist nicht bekannt) als Sohn eines Fabrikarbeiters geboren. Im Jahre 1920 war er als Maurer tätig und hatte in Lettin ein kleines Baugeschäft.

Der Rote Soldatenrat Halles rief die Arbeiter im Frühjahr 1920 auf, die Stadt vor der Kapp-Soldateska zu schützen. Auch in Lettin haben die Kommunisten den Auftrag erhalten, den Eingang nach Halle zu bewachen. Sie konfiszierten die Jagdwaffen der Großgrundbesitzer und sollten Straßensperren errichten. Schmeil und Beyer gehörten zu den aktiven Kräften der Arbeiter Lettins. Allerdings gibt es zu den genauen Todesumständen der Beiden verschiedene Aussagen. Eine besagt, dass aktive Kämpfer gegen die Kapp-Putschisten in einer Scheune gefangen gehalten wurden. Schmeil und Beyer wurden dort als Rädelführer denunziert und sollten deshalb zur Verurteilung nach Halle gebracht werden. Auf dem Weg von Lettin nach Halle wurden sie jedoch erschossen. Die „Einzelfallakte Schmeil, Otto (Erben)“ aus dem Stadtarchiv Halle, in der von der standrechtlichen Erschießung Otto Schmeils die Rede ist, würde diese Variante erhärten. Eine andere Version aus der Schilderung der Nachfahren berichtet, dass von den Kapp-Putschisten an der Stelle des Gedenksteines ein Maschinengewehr in Stellung gebracht wurde und auf beide Männer geschossen wurde.

Beschrieben wird, dass man Karl Beyer an der Stelle, wo heute der Gedenkstein steht, mit 30 Schüssen im Körper auffand.

Beide waren lebensgefährlich verletzt. Deren Ehefrauen brachten sie in einem Handwagen in die Feiertalle des Friedhofes von Lettin, wo sie ihre Männer

verbanden. Dennoch verbluteten sie.

Beide Varianten, wenn auch verschiedene Todesumstände beschrieben werden, belegen, dass Otto Schmeil und Karl Beyer aktiv in der Arbeiterschaft kämpften und dies

mit ihrem Leben bezahlten. Die Verantwortlichen dafür wurden nie zur Rechenschaft gezogen.

Nach Auskunft des Stadtarchivs gibt es keine datierte Akte über die Aufstellung des Gedenksteines. Es wird angenommen, dass er wahrscheinlich 1955 errichtet wurde und von der Oberschule Lettin und von der BSG Lettin gepflegt wurde. Hier schließt sich auch ein weiterer Kreis. O. Schmeil, dessen Foto man in der Sportgaststätte findet, war der Sohn von Otto Schmeil und aktiver Fußballer. So ist es nicht verwunderlich, dass die BSG Lettin bis zur Wende jährlich einen Otto-Schmeil-Gedächtnislauf organisierte.

Wir versuchten mit unseren Recherchen, der Spur eines Steines zu folgen. Übrigens hat der Autor von „Spur der Steine“, Erik Neutsch, seine letzte Ruhestätte kaum 50 m entfernt vom Ehrengrab der beiden gefallenen Märzkämpfer.

Geschichte wird begreifbar, wenn sie lebendig ist und mit konkreten Personen verbunden ist.

Hier haben wir eine Chance, genau dies zu tun. Aus diesem Grund hat die Basisgruppe Heide-Nord der Linken die Patenschaft über diesen Gedenkstein übernommen. Sie wird am Samstag, dem 28. März, eine Aktion zur Säuberung des Denkmals durchführen und die Patenschaft über den Stein fortsetzen.

Bernd und Ines Budnik
Basisgruppe Heide-Nord



**22. März. 2020, 11:00 Uhr:
Gedenken Märzgefallene auf dem
Friedhof in Ammendorf**

Position des SDS Halle zur Novellierung des Landeshochschulgesetzes

Seit einigen Jahren wird in Sachsen-Anhalt immer wieder über eine Novellierung des Landeshochschulgesetzes diskutiert, wobei jetzt endlich ein fertiger Entwurf darauf wartet, dem Parlament vorgelegt zu werden. Dieser Entwurf beinhaltet einige Verbesserungen, allerdings bleibt vieles auch schlecht.

So sollen - laut Entwurf - die Langzeitstudiengebühren voraussichtlich ab Wintersemester 2020/21 wegfallen. Besonders wichtig daran ist, dass es den Hochschulen darüber hinaus verboten werden soll, eigenmächtig Langzeitstudiengebühren zu erheben, was zu befürchten gewesen wäre. Leider soll das Ganze nicht für die Zweitstudiengebühren und die Gebühren für die Studienkollegs an der MLU Halle-Wittenberg und der HS Anhalt gelten, die für viele ausländische Studienbewerber*innen verpflichtend sind. Hier werden freiwillige Weiterqualifizierung und Internationalität faktisch bestraft. Bildungsgebühren sind unsozial, ausgrenzend und sogar im Sinne der Erfinder*innen kontraproduktiv, da sie Menschen aktiv vom Studium abhalten. Trotzdem sollen eben Teile der Gebühren unverändert bleiben, was wir aufs Schärfste kritisieren. Darüber hinaus wird die „Prüfungsunfähigkeitsbescheinigung“ verboten. Die Bescheinigung ist ein Dokument, welches über ein einfaches ärztliches Attest hinausgeht und den Arzt*die Ärztin von der Schweigepflicht entbindet, damit medizinisch ungeschulte Verwaltungsbeamte*innen und Professor*innen über die Legitimität der studentischen Krankheit entscheiden können. Dies greift nicht nur stark in die Privatsphäre der Patient*innen ein, sondern unterstellt allen Studierenden grundsätzliche Betrugsabsichten. Wir begrüßen deshalb sehr, dass der Referent*innen-Entwurf das Verbot dieser Bescheinigungen vorsieht, fordern das Land aber ebenso dazu auf, hier mehr zu tun. Denn auch bei staatlichen (Examens-)Prüfungen (bspw. in Jura) sollte ein einfaches Attest ausreichen! Ähnliches stellen wir bei der sogenannten „Anwesenheitspflicht“ bzw. der verpflichtenden Teilnahme an Lehrveranstaltungen fest. Hier sieht der Entwurf ebenfalls vor, diese weiter einzuschränken und nur noch in Ausnahmefällen und bei Exkursionen und Praktika zuzulassen. Auch wenn wir das begrüßen, fordern wir trotzdem weitergehende

Schritte. Die Pflicht schränkt die Freiheit der Studierenden stark ein, bringt keinen weiteren Lernerfolg und diskriminiert aktiv Studierende, die aus verschiedenen Gründen gar nicht anwesend sein können. Deshalb fordern wir ein klares Verbot dieser Pflicht. Das würde auch die Umsetzungsperspektive verbessern, denn schon jetzt stürzen sich einige Professor*innen auf jede vermeintliche Regelungslücke oder verlangen gleich illegale Teilnahmepflichten, um ihr autoritäres Programm durchzuziehen.

Die Viertelparität in den Hochschulen (Senat und Fachbereichs- oder Fakultätsräten) ist allerdings einem Kuhhandel innerhalb der Kenia-Koalition zum Opfer gefallen. Der Vorschlag, der auf Betreiben von SPD und Grünen noch im ersten Entwurf präsent war, ist nach einer Intervention des Koalitionspartners CDU jetzt gestrichen. Da die Konservativen die Demokratisierung der Hochschulen derart vehement und ideologisch ablehnen, hat die CDU dafür sogar das Ende der Langzeitstudiengebühren akzeptiert, welches SPD und Grüne jetzt intensiv als ihren Durchbruch bewerben.

Die Argumente der CDU, die sich ähnlich wie der RCDS in Halle nur äußerst ungern ernsthaft mit Hochschulpolitik beschäftigt, laufen dann wahrscheinlich wie immer auf die „Freiheit von Forschung und Lehre“ hinaus. Doch wieso sollte die Freiheit des*der Einzelnen von den Mehrheitsverhältnissen in den Gremien abhängen? Vielmehr sollte die sicherlich zu verteidigende Freiheit doch gegen mögliche Entscheidungen verteidigt werden, die ein Gremium fällt - ganz gleich wie es besetzt wird. Tatsächlich ist es so, dass die Professor*innen-Mehrheit viel eher dazu neigt, die Freiheit einzelner Hochschullehrer*innen zu beschneiden. Der einzige Punkt, der ein wenig in Richtung Demokratisierung geht, ist die grobe ethische Verpflichtung von Forschung und Lehre, die ins Gesetz aufgenommen wurde. Hier müssten die Hochschulen Transparenzpflichten erfüllen und alle Statusgruppen beteiligen, damit der Paragraph nicht vollständig Makulatur bleibt.

Darüber hinaus bleibt die Diskussion über die dringend nötige Demokratisierung aber zumeist auf das Thema der Zusammensetzung von Senaten und

Fakultäts- bzw. Fachbereichsräten beschränkt. Wir wollen allerdings mehr und fordern deshalb darüber hinaus ein studentisches Mitglied im Rektorat, welches von den Studierenden gewählt wird. Darüber hinaus fordern wir, dass sich sowohl Studierendenschaften als auch Universitäten in allgemeinpolitische Diskussionen einbringen dürfen, die von gesellschaftlicher Relevanz sind. Die Unterscheidung zwischen hochschulpolitischen und allgemeinpolitischen Themen ist unsinnig und spielt im realen Leben keine Rolle: Denn Wissenschaftler*innen und Studierenden sind auch Bürger*innen und damit von der allgemeinen Politik betroffen - genauso wie Forschung und Lehre ja auf das Leben außerhalb der Universität abzielen und dieses verbessern sollen.

Eine weitere wichtige Forderung zu diesem Themenkomplex ist die Einführung von hochschul-demokratischen Prozessen an der Polizeifachhochschule in Aschersleben. Hier sorgt ein eigenes „Polizeifachhochschulgesetz“ dafür, dass die angehenden Polizist*innen keine richtige und halbwegs unabhängige Studierendenvertretung haben. Wir sagen dagegen: Gleiche Rechte für alle Studierenden. Deshalb sind wir für die sofortige Einführung einer verfassten Studierendenschaft am Standort Aschersleben und hoffen damit, dass die angehenden Polizist*innen eine weniger autoritäre Perspektive auf demokratische Beteiligung erleben können.

Da die Hochschulen insbesondere in Sachsen-Anhalt noch sexistische Strukturen aufweisen und die Anzahl der Professorinnen immer noch verschwindet gering ist, setzen wir uns hier für eine gesetzliche Lösung ein. Leider legt der bestehende Entwurf dazu nichts vor außer einem Stimmrecht für die Gleichstellungsbeauftragten der Fakultäten und Fachbereiche. Das ist aber deutlich zu wenig. Als feministischer Verband fordern wir deshalb die Einführung verpflichtender Quoten für Professor*innen (bspw. nach dem „Kaskadenmodell“). Die Hochschulen müssen Bewerberinnen endlich eine Chance geben und aufhören die bereits bestehenden Mechanismen zur Frauenförderung dauernd zu unterwandern.

Gleichheit sollte nicht nur zwischen den Geschlechtern, sondern auch zwischen den Hochschularten herrschen. Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften („Fachhochschulen“) haben sich in ihren Aufgabenbereichen immer weiter ange-

**Senioren-Cafe' am 25. März ab 14:30 Uhr
im Linken Laden, Leiterrasse 4**

„Was ist divers, inter- und transgeschlechtlich, pansexuell, queer? Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt verständlich erklärt!“

Referent: Dipl. Pädagoge Ants Kiel,
BBZ „Lebensart“ e. V.

nähert und in den entscheidenden Punkten Forschung und Lehre besteht nahezu Egalität. Das sollte auch rechtlich berücksichtigt werden. Deshalb fordern wir, dass alle Fachhochschulen endlich das Promotionsrecht bekommen und auch in allen anderen Punkten mit den klassischen Universitäten, die teilweise nur aufgrund ihres elitären Anspruches ihre Vorrechte behalten wollen, gleichgestellt werden.

Insgesamt wäre es extrem wichtig, dass die Reform des Landeshochschulgesetzes in Sachsen-Anhalt ein Zeichen für eine emanzipatorische Hochschulpolitik setzt, denn die Bevorzugung autoritärer Lösungen in der Politik macht auch vor den Toren der Wissenschaftsministerien nicht halt: In etlichen Bundesländern kommt die „Campus-Maut“, die von ausländischen Studierenden die dreifachen Studiengebühren verlangt. In Nordrhein-Westfalen kommt ein Hochschulgesetz, welches darauf ausgelegt ist, den Studienverlauf der einzelnen Studierenden zu kontrollieren und jede gesellschaftliche Verantwortung der Hochschulen zu negieren. Und sollte die AfD jemals an die Regierung kommen, hat sie ihre Ziele für die Hochschulen ja schon angekündigt: Abschaffung der Studierendenschaft, Ersetzung kritischer Fächer durch nationalistisches Pathos und das Ende des halbwegs freien Studiums.

Wir setzen eine emanzipatorische und sozialistische Perspektive dagegen - im Zuge der Novellierung des Hochschulgesetzes, aber auch darüber hinaus. Die soziale Lage der Studierenden und der Mitarbeiter*innen muss sich deutlich verbessern, die elitäre Herrschaft der Professor*innen muss beendet werden, die „Neue Rechte“ muss aus den Seminaren und von ihren Lehrstühlen vertrieben werden, die sexistischen Uni-Strukturen müssen endlich zerschlagen werden und es soll ein Studium in Freiheit geben - ohne autoritäre Zurichtung und materiellen Zwänge!

Gendern - Von der Sichtbarkeit aller und der Stille dazwischen

Mir hat einmal eine Linguistin davon erzählt, wie sie in ihrem Seminar konsequent das generische Femininum, also stets nur die weibliche Form, verwendet hat und sich die anwesenden Männer mitgemeint fühlen sollten. Es habe nicht lange gedauert, da fingen jene Mitgemeinten an, sich darüber lauthals zu beschweren, sie würden sich nicht angesprochen fühlen. Die Empörung sei enorm gewesen, die Erkenntnis daraus, was Sprache mit unserer Wirklichkeit und Wahrnehmung macht, auch. Frauen sind es quasi - unfreiwillig und nicht ohne Protest - gewohnt, seit Jahrtausenden sprachlich inexistent zu sein, mit allen Konsequenzen, die das Mitgemeintsein so mit sich bringt: rechtlich, gesellschaftlich, politisch. Aber wehe, wehe, wehe, wenn sich dieser Spieß mal umdreht, dann sind die Barrikaden in Rekordzeit errichtet, auf denen sich das heteronormativ-männliche Ehrgefühl voller Trotz mit Fackeln in der Hand erheben kann.

Doch das Mitgemeintsein trifft ja nicht nur Frauen, sondern auch alle anderen queeren Menschen, alle anderen Gender, die es in unserer bunten Gesellschaft gibt. Darum ist es notwendig und eine wichtige Errungenschaft, Sprache an diese Realität anzupassen, gendersensibel und diskriminierungsfrei zu werden. Im schriftlichen Sprachgebrauch gibt es verschiedene Lösungsansätze, vom mittlerweile veralteten/-innen, über das große Binnen-I, den Unterstrich bis hin zum bisher umfassendsten Lösungsweg, dem Gendersternchen *. Gendern ist mittlerweile auch in Behörden, in der Werbung, in der Politik, in den Medien und

im Social Media angekommen und wird langsam zur Normalität und Gewohnheit, auch wenn es immer noch Menschen gibt, die sich in ihrem Lesefluss - oder wohl eher in ihren persönlichen Befindlichkeiten - gestört fühlen. Aber die wird es immer geben. Im Schriftbild sind nun endlich alle sichtbar geworden, die bisher zu den Mitgemeinten zählten.

Aber wie sieht es mit der gesprochenen Sprache aus? Bisher läuft hier der Versuch, die Schriftsprache in eine verbale Form zu übertragen, die meiner Meinung nach, genau das Gegenteil von dem bewirkt, was sie eigentlich erreichen will. Sichtbarkeit ist da, Hörbarkeit hingegen nicht oder nur mangelhaft. Gegenderte Sprache klingt im gesprochenen Wort in etwa wie ein Stottern, oder stolpern. Da, wo das Binnen-I oder der Stern im Schriftbild steht, wird eine sprachlose Lücke ins gesprochene Wort gerissen, auf die dann die weibliche Endung folgt. Wo im Schriftbild Stern und Binnen-I für eine Brücke, eine Verbindung sorgt, sorgt es im Verbalen für einen stummen Abgrund. Der männliche Wortstamm geht voran, die Frauen sind ein amputiertes Anhängsel und in der Stille dazwischen verschwinden alle anderen. Es wird ihnen ihre Hörbarkeit, ihre Stimme genommen. Ich halte das für eine problematische Lösung, denn es genügt mir nicht, ein rudimentärer Anhang zu sein, dessen Trennung vom Ganzen, vom Menschsein, durch ein Loch, durch Stille betont wird. Und ist es tatsächlich genug, durch Stille, durch Stimmlosigkeit, durch ein Stolpern, oder, wie es im Fachjargon heißt, durch einen Glottal-Laut repräsentiert zu werden, statt durch Stimme? Hier geht es eher einen Schritt zurück, als nach vorn. Die Betonung liegt hier mehr auf dem Getrenntsein, statt auf Zusammengehörigkeit. Als ob bei einer Demo die Männer sicht- und hörbar vorangehen, die Frauen mit großem Abstand humpelnd, aber immerhin hörbar, folgen und zwischen ihnen läuft eine stumme Masse an wunderbaren bunten Menschen - gesehen, aber nicht gehört.

Ideal ist die gesprochene Umsetzung des Genderns noch nicht, aber eine bessere Lösung kenne ich auch nicht. Vielleicht findet sie sich noch und die Stille wird durch Klang ersetzt, sodass dann endlich alle hörbar und auch im Klang verbunden sind.

Clara Hausmann

Vorschau

**Senioren-Cafe' am 29. April
ab 14:30 Uhr
im Linken Laden, Leitergasse 4**

**„Ende des II. Weltkrieges vor
75 Jahren -
Beginn einer Ära des Friedens“**

Gesprächsrunde mit Zeitzeugen

Parlamentsreform: Antifaschismus bekommt erstmals in einem deutschen Bundesland Verfassungsrang

Im Landtag wurde heute eine umfassende Parlamentsreform verabschiedet, die die Fraktion DIE LINKE gemeinsam mit den Koalitionsfraktionen CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen auf den Weg gebracht hat. Dazu erklärt der parlamentarische Geschäftsführer Stefan Gebhardt:

„Mit der heute verabschiedeten Parlamentsreform haben wir viel erreicht. Vor allem ist es gelungen, mit der Reform einen echten Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger Sachsen-Anhalts zu schaffen und dem Land eine moderne und zeitgemäße Verfassung zu geben.

Die Handschrift der Fraktion DIE LINKE zeigt sich deutlich in der Parlamentsreform. Mit Artikel 37a - der Antifaklausel - bekommt der Antifaschismus erstmals in einem deutschen Bundesland Verfassungsrang. Damit wurde eine Forderung, die DIE LINKE bereits seit 2005 vertritt und nach dem rechts-terroristischen Anschlag in Halle aktueller denn je wurde, endlich umgesetzt. Zudem wurde der Begriff „Rasse“ aus der Landesverfassung gestrichen und im Gegenzug ein Diskriminierungsverbot aus rassistischen Gründen und aufgrund sexueller Identität umgesetzt. Auch das von der Fraktion DIE LINKE

geforderte Staatsziel gleicher Lebensverhältnisse in Stadt und Land wurde - neben dem Staatsziel des Klima- und Tierschutzes - mit der Parlamentsreform in die Verfassung aufgenommen.

Der Mehrwert der Parlamentsreform für Bürgerinnen und Bürger besteht insbesondere darin, dass die Landespolitik transparenter wird. Ausschusssitzungen werden künftig grundsätzlich öffentlich tagen, sodass politische Entscheidungen und Diskussionen in den Ausschüssen mitverfolgt und nachvollzogen werden können. Zudem wird die direkte Demokratie gestärkt, indem entsprechende Verfahren vereinfacht und erleichtert werden. Eine klare Verbesserung für Volksgesetzgebungen ist etwa die Absenkung des Quorums bei Volksbegehren von 9 auf 7 Prozent. Nicht zuletzt wird das Petitionsrecht gestärkt, indem die Fachausschüsse - anders als bisher - künftig Stellungnahmen zu Petitionen abgeben, wenn diese vom Petitionsausschuss in den Fachausschuss überwiesen werden.

Wir alle sind nun gefordert, die neuen Staatsziele und Verpflichtungen der Parlamentsreform mit Leben zu erfüllen. Papier ist geduldig, die Bürgerinnen und Bürger sind es nicht.“

Aufruf zur Beteiligung an einer Online-Umfrage zu Lebenswegen von AbsolventInnen sowjetischer/russischer Hochschulen

Wir, Dr. Alexandra Wagner und Dr. habil. Viola Schubert-Lehnhardt, erarbeiten im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung eine Studie zu Lebenswegen von DDR-StudentInnen verschiedener Fachrichtungen an sowjetischen/russischen Hochschulen. Uns interessiert, wie Lebenswege von AbsolventInnen sowjetischer/russischer Hochschulen auf ganz unterschiedliche Weise verliefen und wie diese durch die späteren gesellschaftlichen Veränderungen - sowohl durch die Wende in Deutschland als auch durch den Zusammenbruch der Sowjetunion - beeinflusst wurden.

Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie Interesse an dieser Studie hätten. Sollte dies der Fall sein, lassen Sie uns dies bitte per E-Mail oder Telefon wissen.

Gern können Sie/könnt Ihr diese Info auch an Ihnen/Euch bekannte Personen, die ebenfalls in Russland/der Sowjetunion studiert haben, weitergeben.

Es bedanken sich im Voraus sehr herzlich für Eure Teilnahme

Dr. Alexandra Wagner
alexawagner@acemo.de
0176-64094685

Dr. habil. Viola Schubert-Lehnhardt
drviolaschubert-l@t-online.de
0176-24380169



Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat März Geburtstag haben.



Verbraucherinnen*-Insolvenzen sind ein Zeichen von Armut

Im Januarplenum des Landtags hat die Fraktion DIE LINKE das Thema Schuldner*innen-Beratung und Privat-Insolvenzen aufgegriffen. Laut aktuellem Schuldneratlas vom November 2019 bleibt Sachsen-Anhalt hinter Bremen das Land mit der höchsten Pro-Kopf-Überschuldung bei Verbraucher*innen. Wegen unzureichender Datenerhebung und hoher Dunkelziffer, weil Betroffene keine Hilfe in Anspruch nehmen möchten oder sich für ihre Situation schämen, ist von weitaus höheren Zahlen auszugehen. Der Anteil der Menschen im Land, die mit ihrem Einkommen die Schulden nicht begleichen können, nimmt zu.

Zunehmend sind alleinerziehende Frauen und alte Menschen betroffen, wie auch von der Verbraucherzentrale bestätigt wurde. Mehr als 240.000 Menschen - 13 Prozent der Bevölkerung - sind im Land betroffen. Die meisten stehen mit über 30.000 Euro bei einer Vielzahl von Gläubigern in der Kreide. Gründe dafür sind meistens Jobverlust, Trennung, Krankheit und gescheiterte Selbständigkeit, aber vor allem Niedriglohn und Niedrigrente.

Die Überschuldung ist für die Betroffenen eine psychische und ökonomische Belastung. Um ein wiederum kostenintensives gerichtliches Insolvenzverfahren zu vermeiden, können sich die Betroffenen Hilfe und Rat bei den kommunalen Schuldnerberatungsstellen und den Insolvenzberatungsstellen des Landes holen. Allerdings sind diese Angebote nur für Bezieher*innen von Leistungen nach SGB II und XII kostenfrei. Daher forderte die Fraktion neben der Absenkung der Entschuldungsfrist von sechs auf drei Jahre vor allem den Ausbau und die Öffnung der Beratungsangebote.

Aktuell sieht der Haushaltsplanentwurf des Landes jedoch eine drastische Kürzung von mehr als 600.000 Euro bei den Beratungsstellen vor, was die LINKE. Aufgrund der beschriebenen Situation ablehnt. Der Antrag wurde in den Sozialausschuss überwiesen.

Zuvor hatte jedoch der Sozialausschuss den separaten Antrag unserer Fraktion auf Beibehaltung der Fördersumme bei den Schuldner- und Beratungsstellen abgelehnt. Die Arbeitsbelastung der Berater*innen, die oft unter der Eingruppierung der E 10 in den Kommunen beschäftigt sind, ist enorm. Die Förderung erfolgt seit einem Jahr nur noch nach Fallpauschalen, die aufgrund der Beratungsintensität und der vielschichtigen Problemlagen bei überschuldeten Menschen, kaum erreichbar sind. Auch hier hat die LINKE eine Umstellung gefordert. Überschuldung hat in Sachsen-Anhalt nichts mit luxuriösen Lebensstilen zu tun, sondern ist ein Zeichen zunehmender Armut im Land, gerade bei Senior*innen und alleinerziehenden Frauen. Auskömmlicher Lohn, armutsfeste Grundrente und Grundsicherung bleiben daher die wichtigsten Themen für uns.

Kerstin Eisenreich

Verbraucherschutzpolitische Sprecherin

Bebel hatte Recht: Wenn deine Feinde dich loben, hast du was falsch gemacht. Die Chinesen machen alles richtig.

Es spricht der Verleger und Publizist
Frank Schramm.

**am 13. März 2020, 15:00 Uhr,
Volkssolidarität 1990 e.V.
Senioren-Service Zentrum Böllberg,
Böllberger Weg 150**

Kommunisten, Sozialisten, "Linksdenker" und Sympathisanten sind herzlich eingeladen.
Eine Veranstaltung des RotFuchs Förderverein e.V., Regionalgruppe Halle.

Pflege und gepflegt werden - Altern in Würde!

Es gibt kaum jemanden in unserem Freundes- und Bekanntenkreis, in unserer Familie, der nicht selbst pflegt oder gepflegt wird. Es ist etwas Wunderbares, dass unsere Lebensdauer steigt. Doch das hat Folgen. Eine davon ist eben der Mehrbedarf an Pflege und damit der einhergehende Fachkräftebedarf. Noch immer wird in vielen Familien die Pflege von Angehörigen selbst realisiert bzw. mit Hilfe von ambulanten Diensten umgesetzt. Nicht selten entscheiden Senior*innen ganz autonom, dass sie in einer Pflegeeinrichtung leben wollen. Es entstehen immer mehr „Senior*innen-Wohngemeinschaften“ in sogenannten betreuten Wohnformen, die gern genutzt werden, solange der Pflegeaufwand nicht hoch ist.

So verwundert es nicht, dass wir als Abgeordnete in unseren Wahlkreisen immer wieder sehr gern auch Seniorenheime o.ä. besuchen und uns über die Situation der Bewohner*innen zum einen und die Arbeitsbedingungen der Fachkräfte zum anderen informieren. Kürzlich trafen wir einen „rüstigen Rentner“ in einer Einrichtung in Magdeburg. Er erzählte uns: „Ich bin unglücklich über die Entwicklung, die ich hier im Heim erlebe...“ Es war ein Gespräch, das unter die Haut ging.

Der Arbeiter-Samariter-Bund und die BARMER hatten eingeladen. Uns Abgeordneten wurde ein Konzept zur „Digitalen Prävention in Pflegeeinrichtungen“ vorgestellt. Die „MEMORE-Box“, die augenscheinlich viel Spaß, Bewegung und Miteinander bringt, wurde uns gezeigt. Die Senior*innen demonstrierten uns die „neue Technik“ und waren sichtlich begeistert. Dies ist kein Ersatz für menschliche Zuwendung und Therapie, aber eine weitere Ergänzung zu allen anderen Angeboten. Wir unterhielten uns nach dieser Präsentation mit den Bewohner*innen. Ein Bewohner berichtete, dass er vor zwei Jahren eingezogen ist und die Heimkosten mit seiner Rente (als Ingenieur) damals bezahlen konnte. Nun nach zwei Jahren und zwei Erhöhungen des Eigenanteils (um 650,00 Euro) könne er seine Liebsten nicht mehr großzügig beschenken, müsse seine Spenden an SOS-Kinderdörfer und die Fußmaler einstellen. Das Schlimmste für ihn sei, wenn er zur „Sozialkasse“

müsse.

Mit Blick auf die Politik fand er deutliche (weise) Worte „Man muss sich gründlich überlegen, wie man zu neuen Ansätzen kommt. Man redet sich etwas ein, wenn man meint, dass es etwas so bleiben kann, weil es sich für die Vergangenheit bewährt hat.“ „Welch' kluger, moderner Ansatz!“

Die Mitarbeiter*innen berichteten uns, dass die Teilnahme bei Eiscafébesuchen, Shopping-Touren und Geburtstagsrunden zurück geht - aus finanziellen Gründen. Eine andere Bewohnerin stellte fest: „Man weiß nicht, was man machen soll. Mein Zuhause habe ich auch nicht mehr...“

Das sind Schicksale und Perspektiven, die uns unter die Haut gehen. Sie fordern uns heraus und daher haben wir einen Antrag in den Landtag eingebracht, der landesweit die Schaffung von Pflegegeld ermöglichen soll.

Die Träger der Einrichtungen signalisieren für die nächsten Jahre steigende Investitionskosten, die sich sofort auf die Heimkosten auswirken werden. Dieses Pflegegeld soll diese Auswirkungen stark reduzieren. Der Charme des Pflegegeldes besteht vor allem darin, dass nicht der Pflegebedürftige den Gang durch die Ämter antritt, sondern der Träger der Einrichtung oder die Einrichtung selbst alles Notwendige in die Wege leitet, dafür fließt das Geld auch direkt an Träger bzw. Einrichtung.

Wir werden euch über den parlamentarischen Verlauf unserer Initiative auf dem Laufenden halten. Habt ihr weitere Anregungen für unsere Arbeit, meldet euch bitte bei uns!

Eva von Angern & Dagmar Zoschke
Stellv. Fraktionsvorsitzende Gesundheitspolitische Sprecherin

Achtung
Neue Öffnungszeiten
"Linker Laden" ab April:
Montags und Donnerstags
11-14 Uhr

+ + + Landtagsticker + + +

Ausgewähltes aus der Landtagssitzung vom 26./27./28.02.2020

#aktuell debattiert

Thüringen und die Folgen der Demokratie

Auf Antrag der SPD-Fraktion debattierte der Landtag über die Bewahrung des Konsenses der Demokrat*innen und Demokraten und die parlamentarische Demokratie in Deutschland nach der gescheiterten Regierungsbildung in Thüringen. Der Fraktionsvorsitzende Thomas Lippmann unterstrich in seiner Rede: „In Erfurt waren politische Abenteurer am Werk, denen es wichtiger war, einen erfolgreichen und beliebten linken Ministerpräsidenten zu stürzen als sich Gedanken über das Land und seine Menschen zu machen.“ Und er kritisierte weiter: „Weder in Erfurt noch hier in Magdeburg ist die CDU in ihrer derzeitigen Verfassung ein verlässlicher Partner für die demokratischen Parteien. Eine taumelnde CDU mit einem ungeklärten Verhältnis zur extremen Rechten wird immer mehr zum Risiko für die Demokratie.“ Und er spitzte es zu: „Wer mit Faschisten paktiert, vergeht sich an der Demokratie.“

#Parlamentsreform

Gesetz zur Parlamentsreform 2020 verabschiedet

Ende Januar wurde auf der Plenarsitzung die Parlamentsreform eingebracht. Der Landtagsticker berichtete. Auf der aktuellen Landtagssitzung wurde dieses Gesetzespaket nun mit der erforderlichen Zweidrittel-Mehrheit der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE verabschiedet.

Der parlamentarische Geschäftsführer Stefan Gebhardt sagte in der Debatte dazu: „Wir wollten immer mehr Transparenz in der Landespolitik. Diese bekommen wir und das ist ein Erfolg.“ Ein weiterer Bestandteil der Reform ist eine Stärkung der direkten Demokratie mit

der Senkung des Quorums von 9 auf 7 Prozent. „Klimaschutz, das Diskriminierungsverbot und der Kampf gegen den Rassismus und Antisemitismus bekommen Verfassungsrang. Letzteres ist nach Halle und Hanau wichtiger denn je, denn hier geht es um die Demokratie“, so Stefan Gebhardt weiter. Mit Artikel 37a - der Antifaklausel - bekommt der Antifaschismus übrigens erstmals in einem deutschen Bundesland Verfassungsrang.

#Gedenken

Tag der Befreiung als Gedenk- und Feiertag

Die Fraktion DIE LINKE hat beantragt, den 8. Mai als Tag der Befreiung zum bundesweiten Feiertag zu erklären. Entsprechend wird die Landesregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene in geeigneter Weise dafür einzusetzen. Der 8. Mai 1945 markiert mit dem Sieg der Alliierten über das nationalsozialistische Deutsche Reich und der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht das Ende des Zweiten Weltkriegs. Der militärische Sieg über Deutschland war die notwendige Voraussetzung, um die Verbrechen der Wehrmacht und den industriellen Massenmord der Deutschen an den europäischen Jüdinnen und Juden, an den Sinti und Roma, Behinderten, Kranken, Homosexuellen, Zeugen Jehovas, den Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern, den verschleppten Slawinnen und Slawen, den politischen Gefangenen, jenen die sich in den Widerstand begeben hatten und allen, welche in der nationalsozialistischen Ideologie zu Feinden erklärt wurden zu beenden. Der 8. Mai soll daher in der Öffentlichkeit als „Tag der Befreiung“ vom Nationalsozialismus mit einem Gedenk- bzw. Feiertag verankert werden. Die innenpolitische Sprecherin Henriette Quade sagte: „Sprechen wir heute über das Ende des Zweiten Weltkriegs, müssen wir über auch über seinen Beginn sprechen: über den 1. September

1939, den Überfall der Wehrmacht auf Polen. Dem Überfall voraus ging der von den Deutschen fingierte angebliche Angriff polnischer Widerstandskämpfer auf den Sender Gleiwitz, durchgeführt von Angehörigen der SS am 31. August 1939.“ „Den Krieg zu beginnen war ein Verbrechen, die Gründe waren verbrecherisch, die Taten der Wehrmacht waren Verbrechen. Sie waren keine Exzesse von Soldaten, die außer Kontrolle geraten waren, sondern geplante Brutalität und Vernichtung, sie waren vorgegeben in den Befehlen der militärischen Führung, sie waren die planvolle Umsetzung nationalsozialistischer Ideologie“, hob sie hervor. „Nun steht der 75. Jahrestag der Befreiung an, und der 8. Mai ist nach wie vor kein bundesweiter Feiertag — ausgerechnet dieses historische Datum, ausgerechnet dieser Tag in der deutschen Geschichte, an dem es etwas zu feiern gibt.“ Henriette Quade betonte: „Weder der Antisemitismus noch der völkische Nationalismus und der Faschismus sind verschwunden.“ Der Antrag wurde zur Ausschussberatung überwiesen.

#Gesundheit

Krankenhauslandschaft und zahnärztliche Mangelversorgung auf dem Land

Mit zwei Anträgen widmete sich die Fraktion DIE LINKE der Gesundheitsversorgung in Sachsen-Anhalt.

Der Landtag solle sich dafür aussprechen, dass das Ziel der Gesundheitspolitik des Landes eine bedarfsgerechte, flächendeckende und umfassende Versorgung der Bevölkerung mit ambulanten und stationären Angeboten sein müsse. Der für die Region zuständige Abgeordnete Wulf Gallert sagte: „Um es gleich vorweg zu nehmen, der Ihnen vorliegende Antrag ist wesentlich dadurch motiviert, dass eine Schließung des Krankenhausstandortes Havelberg droht. Deswegen stehe auch ich heute hier und nicht meine Fraktionskolleg*innen aus dem Sozialausschuss und der Enquetekommission. Allerdings zeigt die Diskussion um den Krankenhausstandort Havelberg, dass es hier um ganz grundsätzliche Fragen geht, die das Angebot der stationären Versorgung im Land Sachsen-Anhalt betreffen.“ Er führte weiter aus: „Erstens,

ein Krankenhaus ist nicht dazu da, um sich zu lohnen. Ein Krankenhaus ist für die stationäre Versorgung vor Ort da. Zweitens, die Entscheidungsgewalt über Krankenhäuser und deren Besitz haben in öffentlicher, dort wurde gesagt staatlicher, Hand zu liegen und nicht bei privaten Konzernen. Drittens, das System getrennter Krankenversicherungen für verschiedene Personengruppen und die Vielzahl von Krankenkassen stößt auf Ablehnung.“ Schließlich gehe hier sehr reale, unmittelbar das Leben von Menschen im ländlichen Bereich betreffende Sorgen, für die wir als Haushalts- und Gesetzgeber Verantwortung übernehmen müssen. Dabei kritisierte Wulf Gallert die fehlenden Investitionen in der Vergangenheit, die die Ursache für fehlende Liquidität heute in den Krankenhäusern sind. Der hochschulpolitische Sprecher Hendrik Lange begann seinen Debattenbeitrag mit einem Verweis auf die verabschiedete Parlamentsreform: „Wir haben heute die Parlamentsreform beschlossen und da war uns die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse besonders wichtig. Dazu gehört auch die zahnärztliche Versorgung. Es besteht also dringender Handlungsbedarf - und zwar jetzt!“ Bei den Allgemeinmediziner*innen ist das Problem bereits virulent, doch auch im Bereich der Zahnmedizin droht Sachsen-Anhalt - insbesondere im ländlichen Raum - eine Unterversorgung. In den nächsten zehn Jahren erreiche die Hälfte der Zahnmediziner*innen das Rentenalter. Diesen Zahlen stehen jedes Jahr 40 Studienanfänger*innen an der Martin-Luther-Universität Halle gegenüber. Die Fraktion DIE LINKE ist der Ansicht, dass mit den derzeitigen Studienanfänger*innenzahlen der Bedarf an Zahnärzt*innen und Kieferorthopäd*innen im Land nicht gedeckt werden kann. Daher hält sie eine Studienplatzerhöhung für unumgänglich und fordert die Landesregierung mit dem Antrag auf, in einem ersten Schritt ab dem Wintersemester 2021/22 20 zusätzliche Studienplätze im Fach Zahnmedizin einzurichten und durch das Land zu finanzieren.

#Links wirkt

Zwei Anträge der Fraktion DIE LINKE zum Glyphosatausstieg und den Folgen der Dürre in der

Landwirtschaft des Landes wurden nach langen Beratungen in den Ausschüssen abschließend im Plenum debattiert. In den dazu vorgelegten Beschlussempfehlungen wurden, wenn auch nicht so scharf wie von uns formuliert, Empfehlungen und Aufträge an die Landesregierung erteilt. Gerade bei den Dürrefolgen wurden inzwischen bereits Maßnahmen umgesetzt, die wir in unserem Antrag gefordert hatten. So erklärte die agrarpolitische Sprecherin Kerstin Eisenreich, dass die finanziellen Hilfen von Bund und Land sowie weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Liquiditätsslage der von der Dürre betroffenen Landwirtschaftsbetriebe zu begrüßen seien. Dies gelte auch für die Nutzung von sogenannten ökologischen Vorrangflächen zur Gewinnung von Futter in der Tierhaltung. Gleichzeitig verwies sie aber auch darauf, dass die Landwirtschaft langfristig krisenfest zu machen sei und zudem ihren Beitrag zu Umwelt-, Klimaschutz und Artenvielfalt leisten müsse. „Dazu bedarf es einer landeseigenen Klimaanpassungsstrategie für die Landwirtschaft unter noch stärkerer Einbeziehung der Wissenschaft mit praxistauglichen Maßnahmen und Kompromissbereitschaft“, so Eisenreich. Und letztendlich brauchten die Landwirtinnen und Landwirte Ansehen und Respekt sowie Vergütungen, die ihnen die Kosten der Erzeugung decken. Bei der Reduzierung des Glyphosateinsatzes blieb die Beschlussempfehlung aus unserer Sicht sehr allgemein. Angesichts des in zwei Jahren eintretenden Verbots hätte es weit mehr konkreter Schritte vor allem zur intensiven Erforschung von Alternativen bedurft.

#Friedenspolitik

Verurteilung der völkerrechtswidrigen militärischen Invasion in Syrien

Laut Medienberichten planen die Streitkräfte der USA unter Beteiligung anderer NATO-Staaten und der Bundeswehr für das Jahr 2020 ein gigantisches Militärmanöver mit der Bezeichnung „DEFENDER 2020“ (DEF 20) in Europa. Im Zuge dessen sollen 37.000 Soldaten über Deutschland nach Polen und ins Baltikum an die russische Grenze geführt werden. Laut US-Militär handelte es sich um die umfangreichste

Truppenverlegung nach Europa in den vergangenen 25 Jahren. Deutschland soll die logistische „Dreh-scheibe“ des Manövers werden. Nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE stellt dieses Manöver eine ungeheure Provokation in einer ohnehin schon angespannten Sicherheitslage in Europa dar. Der Sprecher für Europapolitik und Internationale Zusammenarbeit Wulf Gallert kritisierte in seiner Rede außerdem, dass das Manöver außerdem teuer, umweltschädlich sei und vertrauensbildende Maßnahmen im osteuropäischen Raum verhindere. Mit dem Antrag wird die Landesregierung daher aufgefordert, sich mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln für eine friedenssichernde Politik einzusetzen und in diesem Sinne dafür Sorge zu tragen, dass die fortgesetzte Nutzung des Territoriums des Landes Sachsen-Anhalt als Aufmarsch- und Übungsgebiet von NATO-Streitkräften gegen Russland in Achtung des „2-plus-4-Vertrages“ und die geplante Einbeziehung des Truppenübungsplatzes Burg als „Supportzentrum“ im Rahmen des militärischen Großmanövers „DEFENDER 2020 (DEF 20)“ unter Beteiligung von Streitkräften der USA und anderer NATO-Staaten wirksam unterbunden wird.

Erstellt von Kerstin Eisenreich (MdL), 5. März 2020

Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzung im Februar 2020 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: www.dielinke-fraktion-lsa.de.

Auch auf Facebook und Twitter können die Debatten verfolgt werden.

Öffentlich!
Weil's wichtig
für alle ist.

Post von Lene

Hallo, liebe Linke und alle Nazifeinde, ich bin erstmal total empört darüber, was da im Februar in Erfurt im Hohen Haus von Thüringen passiert ist. Ihr sicher auch, oder?

Unser Bodo Ramelow war ja die letzten 5 Jahre der Chef der Regierung und ist äußerst beliebt bei den Leuten in Thüringen. Meine Eltern sagten, dass er viel unterwegs war, um rauszufinden, wo den Thüringern der Nagel drückt und was so schnell wie möglich geändert werden müsste. Klar, dass das nicht alles geschafft werden konnte, weil das Land (wie alle Ostländer in der BRD) knapp bei Kasse ist. In der Regierung waren auch Minister aus der SPD und den Grünen. Bei der letzten Wahl hatten die Linke mehr Thüringer als vor 5 Jahren gewählt, aber die SPD und die Grünen wählten dieses Mal weniger. Und so kam es, dass sie zusammen keine Mehrheit mehr hatten (ganz knapp). Da war, wie man so schön sagt, guter Rat teuer. Und jetzt kommt der Skandal, über den im Fernsehen und den Zeitungen ja ausführlich rumgestritten haben und keiner so richtig wusste, wie es dort nun weitergehen sollte.

Und jetzt kommt der 1. Skandal: Da tritt im Februar plötzlich keiner hat so was geahnt- ein Herr Kemmerich von der Fünfprozentpartei!! FDP bei der Wahl zum Ministerpräsidenten gegen Bodo Ramelow an (31% der Wähler hatten uns Linke gewählt) und lässt sich von der CDU und der AfD mit dem überall bekannten Nazi Höcke an der Spitze zum Ministerpräsidenten wählen und nimmt die Wahl auch noch mit stolz geschwellter Brust an. Und das ist der 2. und viel schlimmere Skandal!!!. Manche sehen das vielleicht anders, aber ich und meine beiden Kumpel Leo und Anton fanden es total cool, dass unsere Fraktionschefin, dem Kemmerich ihren Blumenstrauß vor die Füße geschmissen hat. Von Höcke ließ er sich feste die Hand schütteln. Opa sagte, der Höcke hätte sich vor Kemmerich so ähnlich beim Händeschütteln verneigt, wie einst der Faschist Adolf Hitler vor einem Herrn Hindenburg, der damals der Reichsmarschall (?) war und Hitler zur Macht verholfen hat.

Opa erzählte mir auf meine Bohreierei, dass die Kom-

munisten damals die Bevölkerung mit dem Spruch gewarnt hatten:

„Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler und wer Hitler wählt, wählt den Krieg!“

Und so ist es auch gekommen. Aber viele hofften damals, dass mit Hitler Hunger und Elend aufhören

würden. Das Gegenteil war der Fall. Menschen, die gegen die Nazis waren, wurden verfolgt und umgebracht, wie zum Ernst Thälmann oder die Studenten Sophie und Hans Scholl. Millionen Menschen wurden in den KZ wie Auschwitz ermordet und kamen im Krieg um. Und nun sollen solche Nazis wie der Höcke wieder sagen dürfen, wo es in Deutschland langzugehen hat? Dagegen sollten wir uns alle wehren. Schlimm ist meiner Meinung nach, dass der FDP-Chef Lindner erst zurückgerudert hat, als er von überall im der ganzen BRD Feuer gekriegt hat. Sogar Angie, die Bundeskanzlerin, fand die Sache bescheuert und das will was heißen.

Schade, dass ich mit meinen Kumpels Leo und Anton bei den empörten Demos in Thüringen nicht dabei sein konnte, aber da hätten wir die Schule schwänzen müssen.

Tja, dann war der Außendruck von überall so groß, dass der Herr Kemmerich Amt und Würden sausen ließ. Thüringen hatte nun keine Regierung mehr. Aber die Eierei ging weiter. Die Linke war eigentlich für sofortige Neuwahlen. Tja, das wollte die CDU nun wieder nicht, weil sie Schiss davor hatte, dass sie noch weniger Thüringer wählen würden.

Meine Eltern und Großeltern fanden es klug von Bodo Ramelow, dass er sich mit der plötzlich gesprächsbereiten CDU-Truppe zusammensetzte und eine Art Abkommen darüber beschlossen hat, dass man sich bei einigen wichtigen Dingen, Projekte genannt, absprechen wollte. Dafür waren Bodo Ramelow und seine Partner damit einverstanden, dass die neuen Wahlen erst im April 2021 stattfinden.

Wir, die LAL-Koalition finden das o.k.!

Tschüss Eure Lene



Termine Termine Termine

- * 13. März, 15:00 Uhr, Gedenken an den Blutfreitag, Treffpunkt an der Gedenktafel Burgstraße/Ecke Riverufer
- * 17. März, 18:00 Uhr, Treffen des Ortsverbandes Mitte im Linken Laden (Auswertung der Erfahrungen mit den Offenen Abenden, wie weiter mit dem Ortsverband, Weg zu den Wahlen 2021)
- * 18. März, 17:00 Uhr, Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Süd im Gesundheitszentrum Silberhöhe mit Petra Sitte
- * 18. März, 17:00 Uhr, Gesprächskreis Gesellschaftskonzeptionen (GkGk) in der Kantine des Opernhauses. Diskussion zum Thema: Linke Auffassungen vom Rechtsstaat
- * 25. März, 14:30 Uhr, Seniorencafé im Linken Laden
- * 25. März, 18:30 Uhr, Linker Laden: Offener Abend
- * 03. April, 18:30 Uhr, Linker Laden: Offener Abend
- * 08. Mai, 18:00 Uhr, Lesung Wolfram Adolphis aus seinem neuen Band 3 der Hartenstein-Trilogie in Merseburg



Bundesregierung und EU müssen Waffenstillstand unterstützen Pressemitteilung von Sevim Dagdelen

„DIE LINKE fordert einen Waffenstillstand im syrischen Idlib und ruft alle Seiten zur Deeskalation auf. Die Bundesregierung muss dem Drängen der Türkei nach militärischer Unterstützung und Einrichtung einer Flugverbotszone durch die NATO eine deutliche Absage erteilen“, erklärt Sevim Dagdelen, Außenexpertin der Fraktion DIE LINKE und Mitglied im Auswärtigen Ausschuss. Dagdelen weiter:

„Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan fördert mit seiner aggressiven Expansionspolitik islamistischen Terrorismus und ist damit eine Gefahr für die Region, aber auch für die Sicherheit Europas. Bislang hat die Bundesregierung in unverantwortlicher Weise keinerlei Konsequenzen aus ihrer eigenen Feststellung von 2016 gezogen, dass Erdogan die Türkei zur ‚zentralen Aktionsplattform‘ für islamistische Gruppen in der Region umgebaut hat. Das rächt sich nun. Die Bundesregierung muss daraus endlich Konsequenzen ziehen.

Die Präsenz türkischer Truppen an der Seite

islamistischer Terrorgruppen in Syrien ist illegal und darf durch eine von Erdogan geforderte Flugverbotszone durch die NATO nicht auch noch unterstützt werden. Es ist fatal, dass Bundesaußenminister Heiko Maas und seine Amtskollegen aus der EU weder das Vorgehen des türkischen Militärs noch der Al-Qaida-Terrorgruppe Hayat Tahrir al-Scham (HTS) in Syrien namentlich verurteilt haben.

Deutsche Soldaten dürfen dem Völkerrechtsbruch Erdogans im Verbund mit Al-Qaida keinen Beistand leisten. Die Bundesregierung darf sich durch die Ankündigung Erdogans, Flüchtlinge in die EU zu schicken, nicht erpressen lassen. Die Bundesregierung muss sich in der NATO für eine Verurteilung des türkischen Vorgehens in Syrien einsetzen.“

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G